29. September 1971: Beschluss des ZK der KPdSU
Über die Information für die Führer der Bruderparteien der sozialistischen Länder zu den Niederschriften der Gespräche von Genossen L. I. Brežnev mit W. Brandt*

1. Dem Außenministerium der UdSSR ist der Auftrag zu erteilen, die Genossen E. Honecker, E. Gierek und G. Husák über die sowjetischen Botschafter mit den Niederschriften der über Dolmetschern geführten Gespräche des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, L. I. Brežnev, mit dem Kanzler der BRD, W. Brandt, bekannt zu machen (Anlage). Es ist davon auszugehen, dass die Gen. J. Kádár und T. Živkov im Zuge des bevorstehenden Aufenthalts von L. I. Brežnev in Budapest und Sofia, wohin er auf dem Rückweg aus Belgrad kommen wird, über die Niederschrift informiert werden.

2. Die Weisungen an die sowjetischen Botschafter in Berlin, Warschau und Prag sind zu bestätigen (Anlage).

Anlage** Geheim

An die sowjetischen Botschafter
Berlin, Warschau, Prag

Suchen Sie Gen. Honecker (Gen. Gierek, Husák) auf und machen Sie diesen persönlich und in vertraulicher Form mit dem Wortlaut der Niederschriften der Gespräche von Gen. L. I. Brežnev mit W. Brandt bekannt, wobei Sie dem Gesprächspartner keine Dokumente überlassen dürfen. Die Texte der Gesprächsaufzeichnungen werden Ihnen [auf direkte Anweisung] über eine Spezialverbindung[1] übermittelt. Nach der Umsetzung vorliegenden Auftrags sind die Niederschriften der Gespräche zu vernichten.

Die Erledigung ist telegraphisch zu bestätigen.

Geheim

NIEDERSCHRIFT DER GESPRÄCHE
des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gen. L. I. Brežnev, mit Bundeskanzler W. Brandt am 16. und 18. September 1971***

Bei der Begrüßung und Verabschiedung W. Brandts führte Gen. L. I. Brežnev mit ihm Gespräche im Auto.

Im Gespräch mit W. Brandt am 16. September verlieh L. I. Brežnev seinen Wünschen Ausdruck, die bevorstehenden Gespräche mögen in einer Atmosphäre der Offenheit verlaufen. Die sowjetische Seite sei eingestimmt, die Gespräche in eben dieser Art und Weise zu führen und hoffe, dass auch der Bundeskanzler seinerseits im Zuge der Verhandlungen Offenheit an den Tag legen werde. [„]Es ist eine notwendige Voraussetzung, weil derart wichtige Gespräche für die Entwicklung der Beziehungen zwischen unseren beiden Ländern und für die gesamte Lage in Europa wohl kaum einen Sinn machen, wenn man dabei auf diverse diplomatische Winkelzüge zurückgreift.

* RGANI, F. 3, op. 72, d. 476, S. 95. – Beschlüsse des Politbüros des ZK der KPdSU von 22.-29. September 1971. Punkt 34.
** Ebd., S. 172. – Anlage zu Punkt 34 des Prot. Nr. 19.
[1] Im russischen Original: „Feldverbindung“.
*** RGANI, F. 3, op. 72, d. 476, S. 173–178. – Anlage zu Punkt 34 des Prot. Nr. 19. Die Namen der Redner sind ms. unterstrichen. – Protokollführung: V. Smirnov.

Dies ist umso wichtiger, als das bevorstehende Treffen unserer tiefsten Überzeugung nach zu einem Treffen werden könnte, das vorherbestimmt, wie intensiv und in welcher Art und Weise sich die zukünftigen Beziehungen zwischen der UdSSR und der BRD gestalten werden, was wiederrum große Bedeutung für die weitere Entwicklung der Lage in Europa und auf der ganzen Welt hat.

Die Sowjetunion tritt konsequent für die Entspannung und die Ausweitung der Zusammenarbeit ein. Unsere Position in dieser Frage ist nicht von irgendwelchen taktischen Überlegungen bestimmt, sondern manifestiert sich in einer konsequenten Politik, die den sehnlichsten Wünschen des sowjetischen Volkes entspricht. Nach einem mörderischen Krieg, der in der Seele unseres Volkes nur äußerst schwer zu heilende Wunden hinterlassen hat, sind wir nicht bloß dazu aufgerufen, sondern vielmehr dazu verpflichtet, eine Politik zu betreiben, die das Entstehen der Möglichkeit einer dem Krieg vergleichbaren Situation zur Gänze ausschließt. Dies stellt den größten Wunsch des sowjetischen Volkes und der Führung des Sowjetstaates dar.

Wir sind sicher, dass die Arbeiter, Bauern und die Intelligenz der BRD ebenfalls keine Spannungen wünschen, welche jederzeit in einen militärischen Konflikt münden könnten. Auch sind wir überzeugt davon, dass sich das deutsche Volk so wie auch jedes andere Volk nach Ruhe, Frieden und Entspannung sehnt. Und es ist auch nicht das Volk, sondern vielmehr eine rechte, abenteuerlustige Gruppierung von Reaktionären, die in der BRD eine feindselige Linie gegenüber der Sowjetunion verfolgt. Der Umstand, dass diese Gruppierung den Menschen falsche Tatsachen vorspielt und ihnen mit einer angeblichen Bedrohung durch die Sowjetunion Furcht einjagt, zeigt die blanke Lüge, die in Europa zunehmend verstärkt durch die NATO-Propaganda verbreitet wird. In diesem Zusammenhang teilen wir dem Kanzler der BRD doch mit, dass weder die Sowjetunion, noch die Russen Feinde der Deutschen in der BRD sind. Ihre Feinde sind vielmehr all jene, die auch heute noch die Ideen der Geister der Vergangenheit beschwören und die bei den Nürnberger Prozessen als ‚Kriegshetzer' verurteilt wurden. Wenn es eine Politik geben sollte, die den Interessen der Deutschen in der BRD zur Gänze entspricht, dann ist dies unserer tiefsten Überzeugung nach einzig und allein eine Politik des Friedens und eine solche Politik ist für die BRD eine rein deutsche Politik. Doch wenn man sich die Politik der BRD näher besieht, so muss man mit Bedauern feststellen, dass die Bundesrepublik mitunter eine Politik betreibt, die nicht den Interessen des Volkes der BRD entspricht, sondern einem erheblichen Einfluss der Politik der NATO geschuldet ist. Wir würden uns wünschen, dass der Kanzler der BRD unsere Einstellung zu den angesprochenen Problemfeldern richtig versteht.

Wir unterstützen all jene positiven Schritte, die die Regierung Brandt unternommen hat, um eine Normalisierung der Beziehungen mit der UdSSR und den anderen sozialistischen Ländern zu erreichen. Die Sowjetunion hat ebenso wie die DDR erhebliche Bemühungen unternommen und war zu vielen Zugeständnissen bereit, um ihren Beitrag zum Erreichen des Viermächteabkommens über Westberlin zu leisten. Wir würden meinen, dass die Bundesregierung die Bedeutung einer solchen Linie der Sowjetunion und ihrer Verbündeten in ausreichendem Maße versteht. Obwohl wir verständlicherweise nicht von unseren Prinzipien und Interessen abrücken, sind wir bereit, gemeinsam mit der BRD all jene Schritte zu erörtern und umzusetzen, die zugunsten des Friedens und einer Annäherung zwischen den Völkern von vordringlicher Bedeutung sind. Wir werden nunmehr mit der Regelung politischer Fragen beginnen. Dies ist ein besonderer und überaus wichtiger Augenblick, weil der Bundeskanzler darüber Rechenschaft geben müsste, wie schwierig es für unser Volk ist, jene psychologische Barriere zu überwinden, die mit mangelndem Vertrauen in Bezug auf die mehr als zwei Jahrzehnte von der Bundesrepublik betriebene Politik in Zusammenhang steht. Wir sind jedoch davon überzeugt, dass unser Volk die Linie der Partei- und Staatsführung in der Frage der Normalisierung der Beziehungen mit der BRD richtig zu verstehen weiß. Natürlich erwarten die Sowjetbürger, dass auch seitens der Bundesregierung und von Herrn Brandt persönlich entsprechende Bemühungen in dieser Richtung unternommen werden.

In dem einen Jahr, das seit der Unterzeichnung des Moskauer Vertrages vergangen ist, haben sich unsere Beziehungen insgesamt langsamer als erwartet entwickelt. Es gab Gründe dafür, die

dem Bundeskanzler natürlich gut bekannt sind. Unsererseits haben wir uns ausgehend von der in unserem Vertrag mit der BRD festgeschriebenen Linie darum bemüht, die Regierung Brandt im Rahmen unserer Möglichkeiten zu unterstützen.

Wir können sagen, dass der Vertrag vom 12. August 1970, obwohl noch nicht ratifiziert, bereits zu einem realen Faktor des politischen Lebens geworden ist. Gegenwärtig gilt es, als Ergänzung zu den von uns bereits unternommenen Schritten, gemeinsam mit dem Kanzler der BRD zu überlegen, was die Sowjetunion tun könnte, um der Bundesregierung dabei zu helfen, die konstruktiven Elemente und Prinzipien ihres neuen Kurses endgültig fest zu machen. Ein Fortschritt in der Entwicklung der Beziehungen zwischen der UdSSR und der BRD würde das gesamte politische Klima in Europa verändern und die Positionen der reaktionären Kräfte in der BRD wie auch einiger, sogenannter Verbündeter untergraben, die diese Kräfte weitgehend unterstützen.

Ausgehend davon sind wir dazu bereit, die Beziehungen mit der Bundesrepublik auszuweiten, die globalen Fragen der Politik zu erörtern und eine praktische Zusammenarbeit in wirtschaftlichen und anderen Bereichen aufzunehmen.[“]

W. Brandt bekundete die Wertschätzung und den Dank seitens der Regierung der BRD gegenüber der Staatsführung der Sowjetunion, die der regierenden Koalition im vergangenen Jahr mehrfach eine substantielle Unterstützung hätte zukommen lassen.

[„]In Bezug auf unsere bilateralen Beziehungen hat sich diese Zusammenarbeit, wie L. I. Brežnev richtig bemerkt hatte, im vergangenen Jahr langsamer als anfangs gedacht entwickelt. Dennoch gilt es festzuhalten, dass die Entwicklung der Beziehungen zwischen der BRD und der UdSSR bereits einen erheblichen Einfluss auf die politische Realität in Europa ausübt.

Die Entwicklung der Beziehungen und der Zusammenarbeit zwischen unseren Ländern stellt ein prinzipiell neues Merkmal der europäischen politischen Landschaft dar, wobei von einem weiteren Fortschritt in dieser Frage in entscheidendem Maße die politische Atmosphäre in Europa abhängt, zumal die anderen europäischen Länder, darunter auch die großen, diesen Faktor nicht mehr vernachlässigen können und gezwungen sein werden, in ihrer Politik unbedingt diesen Umstand entsprechend zu berücksichtigen.

Die Bundesregierung ist sich dessen zur Gänze bewusst und beabsichtigt, auch weiterhin bei der Lösung der politischen und auch anderer Fragen der Beziehungen zwischen der BRD und der UdSSR mitzuwirken. Es versteht sich, dass die Opposition diesbezüglich alle erdenklichen Hindernisse errichten wird und es der Bundesregierung wohl noch bevorsteht, einen erbitterten Kampf zu führen, wie es ihn seit Ende des Zweiten Weltkrieges in der BRD nicht mehr gegeben hat. Die reaktionären Kräfte haben verstanden, dass eine grundlegende Neuausrichtung der Politik der BRD stattfindet, und werden diesem Prozess bisweilen einen fanatischen Widerstand entgegensetzen. Ähnlich verhält es sich in dieser Sache in anderen Ländern. Strauß hat bereits davon gesprochen, dass das Jahr 1973 (das Jahr der Parlamentswahlen in der BRD und auch in einer Reihe von anderen großen westeuropäischen Ländern) zum ‚Jahr Metternichs‘ werden müsse, d. h. zu einem Jahr der Wiederkehr der Reaktion in den westeuropäischen Ländern.[“]

W. Brandt verfolge seinerseits die Aktivitäten der reaktionären Kreise in der BRD aufmerksam und habe nicht die Absicht, diesen irgendwelche Zugeständnisse zu machen. [„]In einer solchen Situation[“], merkte W. Brandt an, [„]erweist sich einzig eine SPD-Regierung, die den reaktionären Kräften entgegentreten kann, als eine stabile Regierung, da es sich bei der SPD um eine Partei handelt, die den größten Teil der Arbeiterklasse und der Intelligenz vertritt und auch Unterstützung seitens der nicht aggressiven bourgeoisen Kreise genießt.[“]

Im weiteren Verlauf des Gesprächs erwähnte W. Brandt seinen unlängst abgehaltenen Besuch in den USA. Er sagte, dass er sich mehrmals mit Präsident Nixon getroffen habe und anmerken müsse, dass seinem Eindruck nach Nixon step by step seine Ansichten korrigiere. Man fühle, dass er die Notwendigkeit einer Beschränkung der atomaren Raketenwaffen verstanden habe. Ungeachtet dessen, dass sich Nixon ausführlich mit asiatischen Problemen befasse, zuletzt v. a. mit chinesischen, habe dieser ihm, Brandt, gegenüber zugegeben, dass es für jede Minute seiner Gedanken, die

er China widme, 100 Minuten für Überlegungen über die Beziehungen mit der Sowjetunion aufzubringen gelte.

L. I. Brežnev sagte, dass der Ausbau der Beziehungen und die Zusammenarbeit zwischen zwei so großen Staaten wie der UdSSR und der BRD auf unterschiedlichen Gebieten tatsächlich zu einem der entscheidenden Faktoren der weiteren Lageentwicklung in Europa werden könne. [„]Wir gehen davon aus, dass dieser Faktor zu einer umfassenden Entspannung auf dem europäischen Kontinent und zur Aufnahme einer für alle Seiten vorteilhaften Zusammenarbeit in wirtschaftlichen und anderen Bereichen zwischen allen europäischen Staaten beitragen muss. An diese Sichtweise halten sich auch die Staatslenker anderer sozialistischer Länder, die beim unlängst abgehaltenen Treffen auf der Krim zugegen waren.[“]

In Zusammenhang mit der Bemerkung W. Brandts zu einigen Aspekten der Linie Nixons gelte es festzuhalten, dass die Beteuerungen Nixons, wonach er hundertmal häufiger über die Beziehungen mit der UdSSR als über jene mit China nachzudenken habe, in gewissem Sinne Aufmerksamkeit verdienen. [„]Unsererseits sind wir darum bemüht, die Beziehungen mit den Vereinigten Staaten auf einer realen und vernünftigen Grundlage zu normalisieren. Unser Bemühen gilt der Erzielung konkreter Abkommen, die zu einer realen Verringerung der Gefahr eines Krieges beitragen. Vertraulich können wir dem Kanzler mitteilen, dass der Außenminister der UdSSR, A. A. Gromyko, im Zuge seines USA-Aufenthaltes anlässlich der bevorstehenden Sitzung der UN-Generalversammlung in Washington zwei Abkommen zwischen der UdSSR und den USA unterzeichnen wird, die Maßnahmen für zusätzliche Garantien gegen das eventuelle Entstehen eines bewaffneten Konflikts vorsehen.[“]

In seinem Gespräch mit W. Brandt am 18. September zeigte sich L. I. Brežnev zufrieden über die Ergebnisse der Verhandlungen. Die Positionen der Verhandlungspartner hätten erneut eine Präzisierung erfahren, in den Sichtweisen der UdSSR und der BRD zu einigen Fragen hätten sich deutliche Berührungspunkte ergeben und man habe Perspektiven für eine weitere Entwicklung der bilateralen Beziehungen und der Zusammenarbeit festgelegt.

Die generelle Schlussfolgerung, die es aus den geführten Gesprächen zu ziehen gilt, bestehe unserer Ansicht nach darin, dass das Treffen notwendig und anscheinend für beide Seiten nützlich gewesen sei.

L. I. Brežnev bat W. Brandt darum, ihm offen mitzuteilen, ob der Kanzler tatsächlich zur Gänze vom Erfolg der Ratifizierung des Vertrages zwischen der UdSSR und der BRD überzeugt sei, oder ob er darüber nach wie vor irgendwelche Zweifel hege.

W. Brandt brachte seine Anerkennung und seinen Dank für die abgehaltenen Gespräche zum Ausdruck. Er sagte, dass auch er sie als überaus wichtig und nützlich erachte.

In Bezug auf die Ratifizierung sei er, Brandt, absolut überzeugt, dass die Ratifizierung erfolgreich verlaufen werde. Natürlich werde, wie er bereits gesagt habe, die Mehrheit im Bundestag knapp ausfallen, jedoch ausreichend für die Ratifizierung sein. Irgendwelche begründeten Zweifel daran habe er, Brandt, nicht. Und auch wenn man die unwahrscheinlichste Variante einer unerwarteten Nichtratifizierung in Betracht ziehe, würde dies eine Auflösung des Bundestages und Neuwahlen bedeuten, wobei im Zuge des Wahlkampfes die Frage zum Vertrag im Zentrum der Wahlkampagne stünde. Jedoch rechne er, unterstrich W. Brandt erneut, nicht damit, dass es dazu kommen werde. Der Vertrag werde ratifiziert werden.

L. I. Brežnev merkte an, dass man sich in der BRD unbedingt bewusst zu machen habe, dass ein Scheitern der Ratifizierung des Vertrages durch den Bundestag einer wahren Tragödie gleichkäme, von der v. a. die Bundesrepublik selbst betroffen sein würde.

W. Brandt stimmte dieser Ansicht L. I. Brežnevs zu und sagte, dass er von der Ratifizierung des Vertrages überzeugt wäre.

Abschließend bedankte sich W. Brandt noch einmal bei L. I. Brežnev für die Organisation des Treffens, den Empfang, der ihm und seinen Mitarbeitern bereitet wurde, sowie für die Atmosphäre der Offenheit, von der die Gespräche geprägt gewesen seien.

Geheim

NIEDERSCHRIFT DES GESPRÄCHS

des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gen. L. I. Brežnev, mit dem Bundeskanzler der BRD, W. Brandt, am 17. September 1971*

Am 17. September 1971 fand in Oreanda ein Treffen von Gen. L. I. Brežnev mit W. Brandt statt.

L. I. Brežnev merkte an, dass er das Treffen mit W. Brandt mit der Hoffnung und der Zuversicht erwartet habe, dass dieses überaus wichtig und ergebnisreich sein und als ein gutes Mittel zur Erreichung des Hauptzieles dienen werde. Dieses liege im weiteren Ausbau der Beziehungen zwischen den beiden Ländern und Völkern sowie in einer Verbesserung der politischen Atmosphäre in Europa, was wiederrum eine große Bedeutung für die gesamte politische Weltlage habe. Er sagte, dass er das Gespräch gänzlich offen führen und sich klar ausdrücken werde, wie dies auch während des ersten Treffens mit dem Kanzler im vergangenen Jahr der Fall gewesen sei. Dies stelle den kürzesten Weg zu einem gegenseitigen Verständnis und zum Erzielen einer Übereinkunft über die erörterten Fragen dar. Auch sei dies für den Fall wichtig, dass man zu keiner endgültigen Lösung einiger Fragen gelange und es gelte, deren Behandlung in die Zukunft zu verschieben.

W. Brandt bedankte sich für die Möglichkeit sich mit L. I. Brežnev treffen zu können. Er stimmte den Ansichten L. I. Brežnevs zur Art und Weise der Gesprächsführung zu.

L. I. Brežnev schlug W. Brandt als [seinem] Gast vor, sich als Erster zu äußern. Im Zuge des Gesprächs gelte es, sich bevorzugt den wichtigsten und grundlegendsten Fragen zu widmen. Weniger wichtige Probleme könne man auf anderer Ebene erörtern. Zugleich hielt Gen. L. I. Brežnev fest, dass man sich nicht an irgendwelche strengen Rahmenbedingungen halten, sondern sich zu allen Fragen frei äußern werde.

W. Brandt sagte, dass ungefähr ein Jahr seit der Unterzeichnung des Vertrages zwischen der UdSSR und der BRD vergangen sei. Dieses Jahr sei kein verlorenes gewesen. Die Beziehungen zwischen der Sowjetunion und der BRD hätten sich bereits verbessert. Einige praktische Fragen seien einer Lösung zugeführt worden. Zwischen beiden Ländern gebe es nunmehr weniger Polemik, einen größeren Informationsaustausch, und man könne die Position der jeweils anderen Seite besser einschätzen. Obwohl der Vertrag noch nicht ratifiziert sei, habe er aus politischer Sicht bereits zu wirken begonnen. Das unlängst abgeschlossene Viermächteabkommen habe große Bedeutung für das politische Klima in Europa. Zur Erzielung dieser Übereinkunft hätten alle Beteiligten ihren Beitrag geleistet, unabhängig davon ob sie am Verhandlungstisch gesessen hätten oder nicht. [„]Mir[“], sagte der Kanzler, [„]sind der besondere Beitrag der Sowjetunion und Ihre persönlichen Bemühungen in dieser Angelegenheit bekannt.

Bei der Lösung der im Zusammenhang mit dem Viermächteabkommen stehenden Fragen haben wir uns mit keinem Veto von Drittländern konfrontiert gesehen[“], fuhr W. Brandt fort. Es sei jedoch verständlich, dass es immer die Gefahr gebe und eine Situation eintreten könne, in der jemand anderer den Versuch unternimmt, die Partner gegeneinander auszuspielen. Dies diene als weiterer Grund für die Durchführung eines gegenseitigen Meinungsaustausches.

W. Brandt hob hervor, dass es bei der Ausweitung der bilateralen Beziehungen zwischen der UdSSR und der BRD erforderlich sei, die Loyalität gegenüber den eigenen Verbündeten zu wahren. [„]Das, was wir tun[“], merkte er an, [„]tun wir nicht zulasten anderer, doch versteht es sich, dass man es nicht ausschließen kann, von den anderen nicht immer verstanden zu werden. Mancherorts in Europa bekundet man Missmut angesichts unseres heutigen Treffens.[“] Er, Brandt, sei jedoch nicht der Meinung, dass ihn dies daran hindern sollte, sich mit L. I. Brežnev zu treffen.

---

* RGANI, F. 3, op. 72, d. 476, S. 179–198. – Die Namen der Redner sind ms. unterstrichen. – Anwesend: Dolmetscher der beiden Gesprächspartner. Protokollführung: V. Terechov, V. Smirnov.

Bereits jetzt seien die entsprechenden Voraussetzungen dafür geschaffen worden, dass man mithilfe der bilateralen Beziehungen zur Lösung umfassenderer Probleme, wie etwa der europäischen Sicherheit, beitrage.

[„]Die Ratifizierung des im letzten Jahr unterzeichneten Vertrages erfordert noch etwas mehr Zeit, doch werden wir uns[“], teilte W. Brandt mit, [„]ernsthaft darauf vorbereiten, dass der Vertrag im kommenden Frühjahr von den legislativen Organen der BRD mit einer ausreichenden, wenn auch nicht überwältigenden Mehrheit genehmigt wird. Die Lage im Bundestag und insgesamt in der BRD ist nicht gerade einfach. Es steht ein erbitterter politischer Kampf bevor. Doch darf es keine Zweifel daran geben[“], sagte der Kanzler, [„]dass wir über einen eisernen Willen verfügen und die Sache des Vertrages zu Ende führen, damit dieses Dokument seine Wirkung in vollem Maße entfalten kann.[“]

Im weiteren Verlauf ging W. Brandt auf Möglichkeiten der Entwicklung der bilateralen Beziehungen zwischen der UdSSR und der BRD in den kommenden Monaten ein. Auf praktischen Gebieten betreffe dies v. a. den Handel, die Kultur und den wissenschaftlich-technischen Sektor. Der Handels- und Wirtschaftsaustausch zwischen den beiden Ländern sei noch gar nicht zufriedenstellend. Teilweise hänge dies mit der wirtschaftlichen Struktur der BRD zusammen, doch lägen die Gründe zum Teil auch im organisatorischen Bereich. Im vergangenen Jahr, erinnerte W. Brandt, habe er mit A. N. Kosygin über die Möglichkeit der Bildung einer gemischten Kommission gesprochen. Damals hätte es auf Seiten der BRD ein gewisses Zögern hinsichtlich der Zweckmäßigkeit eines solchen Schrittes gegeben. Heute jedoch sehe man die Sache anders. Möglicherweise könne man eine verhältnismäßig kleine Kommission mit jeweils 4 - 5 Personen bilden. Eine solche Kommission wäre kurzfristig in der Lage, konkrete Vorschläge über eine Beschleunigung und Ausweitung der Zusammenarbeit im Bereich der Wirtschaft auszuarbeiten.

L. I. Brežnev teilte mit, dass das letztjährige Treffen mit dem Kanzler in Moskau eine positive Rolle in der Entwicklung der politischen Lage gespielt habe. Das vergangene Jahr sei wahrlich nicht unproduktiv gewesen. Viele Fragen der bilateralen Beziehungen konnten dadurch auf ein stabileres Fundament gestellt werden. [„]Es wurde nicht wenig getan, vor allem, wenn man die Komplexität der Fragen bedenkt, die es von unseren Ländern zu lösen gilt. Das wichtigste Ereignis der letzten Zeit stellte zweifelsohne die Unterzeichnung des Viermächteabkommens über Westberlin dar. Dies war eine wichtige Tat. Die Sowjetunion kam ihren Partnern in weiten Teilen entgegen, wobei sie unter anderem auch jenen Kampf berücksichtigte, der in der BRD rund um den Vertrag vom 12. August 1970 ausgebrochen war.[“]

Obwohl die positiven Ergebnisse der geleisteten Arbeit zur Kenntnis genommen werden, müsse man doch auch betonen, dass es nur langsam Fortschritte gebe. [„]Ich bin dagegen, dass wir dabei galoppieren[“], bemerkte L. I. Brežnev, doch nur im Schritttempo sei es auch langweilig. [„]Wir hätten viele Vorteile, wenn wir uns schneller bewegen. Ich denke, Sie verstehen, worum es geht. Alle wichtigen Aktionen, die die bilateralen Beziehungen zwischen unseren beiden Staaten betreffen, müssen noch vor den Wahlen in der BRD abgeschlossen werden, wodurch auch die derzeitige Regierung der BRD unterstützt wird. Dies betrifft sowohl die allgemeine Lage der Dinge in Europa als auch die Hauptfrage, jene der Sicherheit in Europa. Wenn es durch gemeinsame Bemühungen gelingen sollte, eine positive Lösung herbeizuführen, wird dies ein epochales politisches Ereignis werden.[“]

L. I. Brežnev stellte die Frage, was man laut W. Brandt tun müsse, um diesen Prozess zum gegenseitigen Vorteil für beide Seiten zu beschleunigen? Er erinnerte daran, dass sich, wie im Zuge des ersten Gesprächs mit Brandt im vergangenen Jahr angemerkt, die Sowjetunion in ihrer Politik gegenüber der BRD an den Interessen einer Ausweitung der Zusammenarbeit orientiere. Dabei wolle man nicht in die Beziehungen der BRD mit ihren Verbündeten eingreifen und habe klarerweise nicht die Absicht, zulasten der eigenen Beziehungen mit den sozialistischen Ländern zu agieren. Dieser Ansatz werde auch jetzt beibehalten.

[„]Man kann jedoch nicht übersehen, dass jemand, mitunter verdeckt, versucht, uns mithilfe destruktiver Fragestellungen und ihrer propagandistischen Ausnutzung, zurückzuwerfen oder zumindest auszubremsen. Manchmal geht es dabei um relativ unbedeutende Fragen, die mit der Abfassung einzelner Dokumente zusammenhängen. Dies gilt es im Auge zu behalten und die eigene Politik in entsprechender Art und Weise zu gestalten. Man muss festlegen, welche Handlungen notwendig sind, um im Interesse der Völker der UdSSR und der BRD sowie aller europäischen Staaten erfolgreich voranzukommen.

Offen gesagt stehen für die sowjetische Seite die Interessen der kommunistischen Partei und des sowjetischen Volkes im Vordergrund. Das sowjetische Volk ist gegenüber dem Vertrag positiv eingestellt – eine eindeutige Bewertung. Doch es gibt eine gewisse innere Vorsicht und eine Erwartungshaltung. Die Menschen denken darüber nach, was vor sich geht: Es wird viel über die Normalisierung der Beziehungen gesprochen, doch der Vertrag ist noch immer nicht ratifiziert. Die Menschen hegen daher die Befürchtung, dass es sich dabei möglicherweise um ein taktisches Spiel seitens der BRD handeln könnte.[“]

Dann bat L. I. Brežnev den Kanzler zu erklären, was der Grund dafür sei, dass er mit der Ratifizierung des Vertrages erst im kommenden Jahr rechne.

W. Brandt teilte daraufhin mit, dass die Dinge in der Politik manchmal langsamer ablaufen würden, als man sich dies wünsche. Das führe häufig zu Bedauern. Doch wenn man zur Lösung einer Frage mehr Zeit aufwende, so bekomme man für eine Entscheidung eine solidere Grundlage. [„]Ich habe gut verstanden, was Sie über unsere Regierung und unsere Politik gesagt haben[“], merkte der Kanzler an. [„]Wir gestalten diese, indem wir uns auf unsere Interessen und Überzeugungen stützen. Und ich möchte, dass Ihrerseits Klarheit darüber besteht, dass wir zwar ein spezieller, aber ein solider Partner sind.[“]

In Bezug darauf, was man im Interesse der weiteren Entwicklung der Beziehungen zwischen der UdSSR und der BRD tun müsse, möchte er, Brandt, Folgendes anmerken.

1. Lösung all jener praktischen Fragen, die in erheblichem Ausmaß bereits behandelt und vorbereitet wurden. Dabei gehe es um eine endgültige Übereinkunft zu Abkommen über den Luftverkehr, den Handel sowie über die Zusammenarbeit auf den Gebieten der Kultur, des Sports und der Technologie.

2. Ratifizierung des Vertrages. Als er wieder auf den Zeitpunkt der Ratifizierung zu sprechen kam, teilte W. Brandt mit, dass die Regierung der BRD den Gesetzesentwurf über die Ratifizierung erst nach einer allumfassenden Lösung des Abkommens über Berlin an den Bundestag weiterleiten könne. [„]Ich möchte jetzt nicht alle Schwierigkeiten erwähnen, die in dieser Angelegenheit entstanden sind. Diese rufen Bedauern hervor[“], so Brandt. Er denke nicht, dass die derzeit geführten Verhandlungen mit der DDR länger als zwei Monate dauern werden. Somit könnten die Verhandlungen Mitte oder Ende November zu einem Abschluss gelangen. Sodann werde der von der Regierung der BRD bereits vorbereitete Gesetzesentwurf den legislativen Organen übergeben. Berücksichtige man jedoch den Umstand, dass sich das Parlament ab Mitte Dezember in die Weihnachtspause begibt, könne eine Erörterung erst im Januar stattfinden. [„]Gemäß unserer Verfassung und dem üblichen Prozedere wird die Bearbeitung des Gesetzesentwurfes durch die legislativen Organe drei Monate in Anspruch nehmen. Der erste Schritt besteht darin, den Gesetzesentwurf an den Bundesrat zu leiten, der sich anschließend rund drei bis vier Woche mit dem Entwurf befassen wird. Danach wird dieser an den Bundestag weitergeleitet und dem Auswärtigen Ausschuss zur Prüfung vorgelegt. Im Zuge der dort vorgenommenen Prüfung wird die Opposition zahlreiche Einwände vorbringen und Fragen aufwerfen. Die Regierung wird sich auf keine langen Polemiken einlassen, doch wird sie wohl auf einige Einwände reagieren müssen. Schließlich wird es zur zweiten Lesung des Gesetzesentwurfes im Bundestag kommen. Somit kann der Vertrag vom 12. August 1970 im Frühjahr, bzw. bereits Anfang des Frühjahrs, ratifiziert werden.[“]

L. I. Brežnev nahm die Äußerung W. Brandts zur Notwendigkeit, die „Berlin-Frage“ lösen zu müssen, auf, und erinnerte daran, dass die grundlegenden Fragen bekanntermaßen bereits gelöst

seien. Wie der Kanzler wisse, geschah dies unter Beteiligung der Sowjetunion. L. I. Brežnev fragte W. Brandt deshalb, welche Fragen dazu noch auftreten könnten.

W. Brandt antwortete, dass er von der Sowjetunion nichts Weiteres verlange. Das Land hätte seinen Beitrag geleistet und dies wisse man auch zu schätzen. Es bestehe jedoch ein Unterschied zwischen einem politischen Beschluss und dem, was der einfache Bürger in Form konkreter Ergebnisse sehen wolle. Konkret gehe es um eine Übereinkunft zwischen der BRD, bzw. Westberlin, und der DDR zu Fragen, die in Zusammenhang mit der praktischen Umsetzung des Viermächteabkommens bestünden. Die Substanz des Vertrages ändere sich nicht, doch die Ergebnisse der geführten Verhandlungen wären von entscheidender Bedeutung.

L. I. Brežnev bemerkte, dass es unbedingt notwendig sei, einen prinzipiellen Aspekt der Angelegenheit zu berücksichtigen. Das Inkrafttreten der konkreten Regelungen für Westberlin, über die der Kanzler gesprochen habe, würde erst nach der Ratifizierung des Vertrages zwischen der UdSSR und der BRD Realität werden. Natürlich gelte es, Details zu studieren und Beschlüsse zu fassen, doch müsse man diesen Prozess erheblich beschleunigen. Dabei hänge viel von der BRD ab. Sollte die westdeutsche Seite keine unannehmbaren Bedingungen stellen, sei es nicht schwer, sich zu einigen. Der in den Beziehungen zwischen der BRD und der Sowjetunion vor sich gehende Prozess begünstige eine Schwächung der Positionen der Gegner der Regierung W. Brandts. Sie würden den Boden unter den Füßen verlieren. Eine schnellstmögliche Ratifizierung des Vertrages stelle daher auch einen politischen Gewinn für die Regierung und für W. Brandts Partei dar. Falls sich die vom Kanzler genannten Ratifizierungsfristen aufgrund der Gesetzgebung der BRD als unumgänglich erweisen, könne er dabei kaum etwas einwenden. [„]Sie selbst müssen in dieser Hinsicht alles richtig abwägen[“], ließ L. I. Brežnev wissen.

Was die Sowjetunion betreffe, sei der Oberste Sowjet bereit, den Vertrag jederzeit zu ratifizieren.

An Aufgaben, denen sich die beiden Länder zukünftig zu stellen hätten, hob L. I. Brežnev nachstehende hervor.

Es sei erforderlich, die Kontakte auf allen Ebenen zu pflegen, weiterzuentwickeln und ihnen einen bilateralen Charakter zu geben. Konkret gesprochen bestehe auf sowjetischer Seite die Bereitschaft, ein Handelsabkommen abzuschließen. Dies könne man auch im Kommuniqué anmerken. Auch das Luftverkehrs-Abkommen zwischen der UdSSR und der BRD sei de facto unterschriftsreif. Dies könne ebenfalls im Kommuniqué vermerkt werden. Man könne zudem die Entwicklung der Beziehungen auf anderen Gebieten und den Abschluss des Abkommens über die kulturelle und wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit erwähnen. Dies habe im Entwurf des Kommuniqués seinen Niederschlag gefunden, das dem Kanzler übergeben wurde. Sollte in diesem Entwurf etwas zu verbessern sein, sei die sowjetische Seite bereit, dies zu tun.

[„]Wir[“], sagte L. I. Brežnev, [„]sind mit der Bildung einer gemischten Kommission zur Lösung von Fragen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit einverstanden.[“] Es müsse vereinbart werden, wer dieser Kommission angehören solle. Allem Anschein nach würden sich ihre Mitglieder aus Vertretern sowohl staatlicher Organisationen als auch einzelner Firmen der BRD zusammensetzen. Mitglieder auf sowjetischer Seite wären die Vertreter der Staatswirtschaft. Vergleichbare Kommissionen würden auch mit den sozialistischen Ländern, mit Frankreich und einigen anderen Staaten unterhalten. Die Kommission werde sich zu regelmäßigen Sitzungen treffen und entsprechend ihren Befugnissen Fragen über diverse Maßnahmen zur wirtschaftlichen und wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit zur Sprache bringen. Anschließend würden die Ansichten der Kommission den Regierungen zur endgültigen Beschlussfassung vorgelegt. Sollte es eine generelle Einigung zu dieser Frage geben, könne man die Bildung der Kommission ebenfalls im Kommuniqué anführen.

W. Brandt bekundete Zustimmung zu den Ansichten Gen. L. I. Brežnevs.

L. I. Brežnev sagte, dass, soweit ihm bekannt, seitens der BRD Interesse an einem Austausch von Militärattachés bestehe. [„]Möglicherweise muss man heute nichts Dementsprechendes im

Kommuniqué festhalten[“], merkte L. I. Brežnev an, [„]wir sind jedoch zu einer Lösung dieser Frage bereit, damit der Austausch von Militärattachés in naher Zukunft realisierbar wird. Dies würde unsere diplomatischen Vertretungen stärken und sie auf eine Ebene mit den diplomatischen Vertretungen anderer Länder in unseren Hauptstädten heben. Es versteht sich, dass der Austausch von Militärattachés nicht die Frage über die sich auf dem Staatsgebiet der BRD befindenden Militärmissionen der UdSSR bei den Oberkommandierenden der Truppen der USA, Englands und Frankreichs berühren würde.[“]

W. Brandt hieß die von Gen. L. I. Brežnev geäußerten Überlegungen mit sichtlicher Zufriedenheit gut und stimmte den Ansichten über die Militärmissionen zu.

L. I. Brežnev sagte, dass – im Falle eines Einverständnisses des Kanzlers – im Kommuniqué das beiderseitige Bemühen um eine Herstellung von Kontakten zwischen gesellschaftlich-politischen Organisationen (Gewerkschaften, Sport- und Jugendvereinigungen u. a.) beider Länder festgehalten werde. Die Herstellung solcher Kontakte würde das noch immer bestehende Misstrauen zwischen der UdSSR und der BRD in einem erheblichen Ausmaß beseitigen.

L. I. Brežnev stimmte der Meinung W. Brandts zu, wonach das Handelsvolumen zwischen der UdSSR und der BRD derzeit noch gering sei. Gleichzeitig handle es sich um eine sehr solide Partnerschaft. Er schlug vor, Vertreter beider Länder mit der Ausarbeitung eines langfristigen Programms der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zu beauftragen.

Gar nicht wenig könne man auch auf dem Gebiet der Landwirtschaft tun. [„]Ich möchte bloß eine einzige Frage zur Sprache bringen[“], sagte L. I. Brežnev. [„]Mir wurde berichtet, dass die BRD über ganz gute, perfektionierte Anlagen zur Verarbeitung von Haushaltsabfällen und zu deren Umwandlung zu Viehfutter verfügt. Die sowjetischen Organisationen sind an einer Zusammenarbeit in diesen Bereichen interessiert und könnten die dafür notwendigen Kontakte mit den entsprechenden westdeutschen Firmen herstellen.[“]

Umfassende Möglichkeiten gebe es auch auf Gebieten wie der Radioelektronik und des Maschinenbaus. [„]Man kann eine Kooperation beim Bau von Atomreaktoren in die Wege leiten und die Frage über eine Beteiligung der BRD bei der Erschließung der natürlichen Reichtümer unseres Landes erörtern. Die Wirtschaftsbeziehungen stellen immer ein starkes Instrument zur Vertiefung allgemeiner Beziehungen zwischen Staaten dar.[“] Es sei bekannt, dass enge politische Beziehungen einzig zwischen Staaten hergestellt werden könnten, die enge Beziehungen auf den Gebieten der Wirtschaft, der Technologie und des Handels pflegten.

Es wäre gut, wenn der Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe [RGW] sukzessive in die Sphäre der Zusammenarbeit eingebunden würde. Doch handle es sich dabei bereits um die nächstfolgende Etappe. Nach der Ratifizierung der Verträge der UdSSR und der Volksrepublik Polen mit der BRD werde es selbstverständlich zu einer Belebung der Beziehungen der BRD mit den sozialistischen Ländern kommen. Die wirtschaftliche Zusammenarbeit werde dann wohl umfassendere Formen annehmen. Eine solche Perspektive zeichne sich ab. Einige unaufschiebbare Dinge könne man bereits heute zur Sprache bringen.

L. I. Brežnev sagte, dass nach seinen Informationen in der BRD Interesse an der Eröffnung einer Vertretung einer großen westdeutschen Bank in Moskau bestehe. Es gehe dabei nicht um eine Außenstelle oder eine Filiale, sondern um eine vollwertige Vertretung, die im Einklang mit der sowjetischen Gesetzgebung Kontakte mit sowjetischen Organisationen unterhalten könne.

W. Brandt merkte an, dass, so wie er L. I. Brežnev verstanden habe, der Inhalt des Viermächteabkommens vom 3. September d. J. erst nach der Ratifizierung des Vertrages zwischen der UdSSR und der BRD wirksam werden könne. Sollte das der Fall sein, müsse er es so zur Kenntnis nehmen. [„]Dies wäre Ihre Entscheidung[“], sagte der Kanzler. [„]Formell sind wir keine Partner im Sinne des Abkommens vom 3. September. Formell handelt es sich um ein Abkommen zwischen der UdSSR, den USA, Großbritannien und Frankreich.[“] Politisch würde er es als richtig erachten, wenn seine Umsetzung nicht allzu eng mit der Vertragsratifizierung in Verbindung gebracht würde, doch sei dies bloß seine persönliche Meinung. Diese Frage habe die sowjetische Seite zu lösen.

L. I. Brežnev antwortete, dass er als notwendig erachtet habe, darüber zu sprechen, weil diese Frage grundlegend sei. Politisch werde das Abkommen jene Rolle spielen, die in diesem festgeschrieben sei. In der Praxis werde man die Wirksamkeit erst nach der Vertragsratifizierung zu spüren bekommen.

[„]Ich erachte es als notwendig[“], hob L. I. Brežnev in weiterer Folge hervor, [„]jene Punkte der Absichtserklärung anzusprechen, in denen von einer Aufnahme der DDR und der BRD in die UNO und von der Einberufung einer gesamteuropäischen Konferenz zu Fragen der Sicherheit die Rede ist. Es wäre sehr wichtig, wenn sich die Stimmen unserer Staaten gemeinsam Gehör verschafften. Die öffentliche Meinung in der BRD wird dies wohl positiv aufnehmen. Dabei kommt es auch zu keinen Einschränkungen in den Beziehungen der BRD mit ihren Verbündeten.[“]

W. Brandt brachte seine Zustimmung zum Ausdruck, dass es die technische Vereinbarung über Westberlin zwischen der BRD und der DDR nicht aufzuschieben gelte. [„]Ich bin nicht deshalb gekommen[“], merkte der Kanzler an, [„]um mich über andere zu beklagen. Die gegenständliche Frage müssen wir mit der DDR alleine lösen. Sie wissen offensichtlich über die Schwierigkeiten Bescheid, die sich in den letzten Tagen ergeben haben[“], so Brandt. Es sei möglich, dass hier ein Missverständnis vorliege, doch wisse er nicht, ob es gelingen werde, dieses schnell zu beseitigen. Am Morgen des Tages der Unterzeichnung des Viermächteabkommens, sagte W. Brandt, habe man ihn aus Berlin angerufen, um einige Bestimmungen des deutschen Textes abzugleichen. Er habe einen Kompromissvorschlag erarbeitet, worauf ihm mitgeteilt worden sei, dass man auf Basis dieses Vorschlags eine Übereinkunft getroffen habe. Kurz darauf zeigte es sich jedoch, dass es zu keiner Übereinkunft gekommen war.

In Bezug auf den Abschluss bilateraler Abkommen zwischen der BRD und der UdSSR sei er damit einverstanden, im Kommuniqué die Absicht der Verhandlungspartner zur baldigen Unterzeichnung der bereits vorbereiteten Abkommen zu vermerken. Das Handelsabkommen sei praktisch zur Gänze abgestimmt. Es müsse nur noch eine Formulierung gefunden werden, aus der hervorgehe, dass dieses Abkommen Rücksicht auf die Handelsinteressen Westberlins nehme.

W. Brandt begrüßte die von L. I. Brežnev zum Ausdruck gebrachte Idee eines Austausches von Militärattachés. Er sei zufrieden, dass ein solcher Schritt unternommen werde und erachte diesen als wichtigen Beitrag zur Ausweitung der Beziehungen zwischen den beiden Ländern.

Der Kanzler war damit einverstanden, dass im Kommuniqué die Bereitschaft der Verhandlungspartner zur Kontaktaufnahme zwischen öffentlichen Organisationen festgehalten werde. Er merkte an, dass er alles von L. I. Brežnev über die Möglichkeiten der wirtschaftlichen Zusammenarbeit Gesagte mit großem Interesse verfolgt habe. Im Großen und Ganzen könne man dies auch im Kommuniqué vermerken, ließ Brandt wissen.

Der Kanzler brachte die Meinung zum Ausdruck, dass die erwähnte gemischte Kommission innerhalb kurzer Zeit ihre Vorstellungen zu einer wissenschaftlichen Zusammenarbeit präsentieren solle. Er stimmte auch den Überlegungen L. I. Brežnevs über eine Beteiligung des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe an der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zu. Dabei gelte es jedoch einige Faktoren zu berücksichtigen, welche sich aus der Mitgliedschaft der BRD in der EWG ergeben. Er sei gegen die Lösung von Wirtschaftsfragen auf Basis der jeweiligen Blöcke. Es gebe jedoch auch Fragen, die eine Kombination aus den Mechanismen der bilateralen Beziehungen und den multilateralen Organisationen lösen könne.

In Bezug auf die Bankenfrage sei er nicht informiert und müsse sich darüber im Detail mit seinen Mitarbeitern beraten. Gleichzeitig wäre, so W. Brandt, auch die westdeutsche Seite dazu bereit, bei der Eröffnung einer sowjetischen Bank in der BRD behilflich zu sein.

L. I. Brežnev merkte an, dass er die Bankenfrage lediglich erwähnte, weil er gehört habe, dass man sich innerhalb westdeutscher Geschäftskreise dafür interessiere. Sollte tatsächlich ein derartiges Interesse bestehen, gebe es auf sowjetischer Seite keinerlei Einwände.

Was die Frage der Einberufung einer gesamteuropäischen Konferenz anbelange, so W. Brandt, habe er sämtliche Äußerungen L. I. Brežnevs beim XXIV. Parteitag der KPdSU aufmerksam stu-

diert. Es gebe viele Punkte, merkte er an, denen man seitens der BRD zustimmen könne. Er gehe von folgender Perspektive aus: Seine Regierung wolle mehr als die Normalisierung der Beziehungen und die Ausweitung des bilateralen Handels. Dank der Verbesserung der politischen Beziehungen wolle man zudem eine Reduzierung der Militärausgaben erreichen. Die allgemeine Abrüstung sei ein Ideal. Realistischer sei es, sich auf eine gegenseitige Verringerung von Truppen und Rüstungen zu einigen, wobei man das bestehende Gleichgewicht nicht in Gefahr bringen dürfe, weil im Falle seiner Verletzung der gesamte Entspannungsprozess zerstört würde.

In Gesprächen mit Präsident Nixon, sagte W. Brandt, habe er betont, dass die Verringerung von Truppen und Rüstungen[2] nicht einzig ein Thema der Sowjetunion und der USA sein könne. Es müsse ein allgemeines Thema aller interessierten europäischen Staaten sein. Es könne noch vor dem Beginn der gesamteuropäischen Konferenz behandelt werden. Auf der Konferenz selbst werde es wohl nicht möglich sein, diese Angelegenheit in allen Details zu erörtern. Doch könne man einige allgemeine Aspekte zum Ausdruck bringen. Konkrete Beschlüsse könnten hingegen im Rahmen eines eigenen Konferenzorgans vorbereitet werden.

L. I. Brežnev: Natürlich müssen die verschiedenen Möglichkeiten einer Verringerung von Truppen und Rüstungen analysiert und geklärt werden, ob es sich um ausländische Truppen handle und welche Sichtweisen in Bezug auf nationale Kontingente bestünden. Es ist anzunehmen, dass alle für das Prinzip der Wahrung eines gewissen Gleichgewichts eintreten. Das muss bedacht werden. Es kann unterschiedliche Varianten geben. Wichtig ist das Hauptziel: die Verringerung der Truppen und Rüstung. Dadurch wird die Gefahr bewaffneter Konflikte verringert. Das hätte kolossale politische Bedeutung und würde die Einsparung immenser Mittel erlauben. Um den richtigen Weg zu finden, muss man konkrete Gesprächen zu diesen Fragen beginnen. Anfangs werden vielleicht nicht alle Vorschläge zufriedenstellend sein. Doch die Standpunkte werden sich nach und nach herauskristallisieren. Nur ein begonnenes Werk kann man auch zu Ende bringen.

W. Brandt sagte, dass die NATO im Oktober auf einer Konferenz der stellvertretenden Außenminister das Thema der Verringerung der Streitkräfte behandeln werde. Bei der Konferenz werde ein Sondervertreter für die Durchführung von Sondierungsgesprächen mit den Staaten des Warschauer Paktes ernannt.

In Bezug auf die DDR gebe es eine technische Frage. [„]Obwohl wir[“], merkte der Kanzler an, [„]bei der Entwicklung der bilateralen Beziehungen mit der DDR noch nicht sehr weit gekommen sind, gehen wir davon aus, dass die BRD und die DDR sowohl an der gesamteuropäischen Konferenz als auch an den Verhandlungen über die Verringerung der Truppen und Streitkräfte auf gleichberechtigter Basis beteiligt sein werden.[“]

Auf der bevorstehenden Dezembersitzung des NATO-Rates werde man einer multilateralen Vorbereitung einer gesamteuropäischen Konferenz grünes Licht geben. Die darauffolgenden zwei bis drei Monate stünden sodann im Zeichen der Durchführung der bilateralen Verhandlungen zur Einberufung einer Konferenz, in deren Verlauf es auch zu einem Meinungsaustausch über eine Reduzierung der Streitkräfte kommen könne.

Ohne einen konkreten Vorschlag einzubringen, wolle er, merkte W. Brandt an, dazu einige Überlegungen anstellen. Sollten an der gesamteuropäischen Konferenz alle europäischen Staaten teilnehmen, würden 34 Delegationen anreisen. Dies wäre dann so etwas wie eine kleine Variante der Vereinten Nationen. Jeder teilnehmende Außenminister würde eine Rede halten wollen. Bereits dieser Umstand würde nicht weniger als eine Woche Zeit in Anspruch nehmen. Eine solche Konferenz wäre ein überaus komplexes und sperriges Unterfangen. Vielleicht mache es daher Sinn, eine Vorkonferenz mit einer kleinen Teilnehmeranzahl durchzuführen. Diese Vorkonferenz könne Fragen der Tagesordnung beraten, mit der Ausschussarbeit zur Vorbereitung von Resolutionen und mit der Beratung der Tätigkeit des zu schaffenden ständigen Organs beginnen. Auf diese Weise käme es zu Entlastung der eigentlichen Konferenz.

---

[2] Gemeint ist die „Mutual and Balanced Force Reductions (MBFR)“.

In Bezug auf die Tagesordnung der Konferenz gebe es gegenwärtig eine einhellige Meinung darüber, dass es auf dieser Fragen über einen Gewaltverzicht (z. B. Abschluss einer europäischen Konvention zu dieser Frage) und über die praktische Zusammenarbeit zu einzelnen Fragen bilateraler Beziehungen zu berücksichtigen gelte.

In der Frage über die Verringerung der Truppen und Streitkräfte gebe es in der BRD, so W. Brandt, noch kein bestimmtes Modell einer möglichen Lösung. Die Bundesregierung sei jedoch der Meinung, dass eine Reduzierung nicht nur die ausländischen Truppen, sondern auch die nationalen Streitkräfte betreffen müsse. Eine Verringerung der Truppen und Streitkräfte dürfe sich außerdem nicht auf das Territorium der beiden deutschen Staaten beschränken. Es müsse auf einen größeren geographischen Bereich ausgeweitet werden.

L. I. Brežnev hob hervor, dass die von ihm geäußerten Ideen ebenfalls keine konkreten und endgültigen Vorschläge darstellen würden. Es gehe um einige im Vorfeld getätigte Überlegungen, die im Rahmen einer Lösungsstrategie berücksichtigt werden könnten. Diese würde in Moskau im Detail studiert und anschließend mit den Vertretern der sozialistischen Länder beraten werden.

Es verstehe sich, dass die Beteiligung aller Staaten – sowohl der großen als auch der kleinen europäischen Länder sowie der USA und Kanadas – eine unabdingbare Voraussetzung darstelle.

Er ergänzte, dass die Maßnahmen zur Verringerung der Truppen und Streitkräfte natürlich nicht nur die beiden deutschen Staaten betreffen dürften. Diese Maßnahmen sollten für sämtliche europäischen Länder gelten, da es um die Sicherheit des gesamten Kontinents gehe.

W. Brandt fragte, ob man eine Konferenz der Außenminister oder eine Konferenz mit obligatorischer Beteiligung der Regierungschefs vorsehen solle.

L. I. Brežnev antwortete, dass die Möglichkeit einer Teilnahme der Regierungschefs nicht ausgeschlossen werden dürfe und fragte, ob der Kanzler dagegen Einwände habe.

W. Brandt sagte, dass er grundsätzlich nichts dagegen habe, doch dazu noch zu keiner endgültigen Meinung darüber gekommen sei. Er könne sich vorstellen, dass an einer gesamteuropäischen Konferenz einzig die Außenminister teilnehmen. Die Regierungschefs würden anschließend für die Verabschiedung der Schlussakte anreisen.

L. I. Brežnev sagte, dass man darüber beraten und den Kanzler über die Meinung der sowjetischen Seite in Kenntnis setzen werde.

Manchmal könne man die Meinung hören, die Vorbereitung der gesamteuropäischen Konferenz solle auf Grundlage der bestehenden Blöcke vorgenommen werden. [„]Mir scheint[“], merkte L. I. Brežnev an, [„]dass eine zwischenstaatliche Grundlage angebrachter wäre, da somit jeder Staat die ihn selbst betreffenden und bei der Konferenz zu Tage tretenden Fragen selbstständig lösen kann.[“]

W. Brandt sagte, dass seiner Meinung nach das eine das andere nicht ausschließe. Selbstverständlich müssten die Fragen bei der gesamteuropäischen Konferenz von allen Teilnehmern gemeinsam gelöst werden. Doch würde die Frage einer Verringerung der Truppen und Streitkräfte in der Praxis auf die beiden Blöcke beschränkt bleiben. Der Kanzler berief sich darauf, dass sich Nixon im Gespräch mit ihm dagegen ausgesprochen habe, die Erörterung der Frage über die Verringerung der Truppen und Streitkräfte mit allzu vielen Beteiligten vorzunehmen. Der NATO würden viele kleine Staaten angehören. Diese hätten natürlich das Recht, ihre Meinung zu äußern. Doch würden diese Länder kein allzu großes Interesse an Fragen dieser Art haben. Aus diesem Grund sollte der Kreis der Beteiligten an der Erörterung dieser Frage eher enger gefasst werden.

L. I. Brežnev antwortete, dass es nicht ganz taktvoll sei, mit den kleinen Ländern auf diese Art und Weise zu verfahren. Denn immerhin erörtere man Fragen, deren Lösung für alle europäischen Staaten von vitalem Interesse sei.

W. Brandt antwortete, dass Staaten wie Schweden natürlich an einer Festigung der europäischen Sicherheit interessiert seien, doch könne man deren Rolle auf die von Beobachtern beschränken. Sollten in Europa irgendwelche Maßnahmen zur Rüstungsreduzierung vereinbart werden, würden sich die Schweden diesen anschließen. W. Brandt merkte nochmals an, dass er damit einverstanden

sei, dass alle Länder das Recht hätten, ihre Meinung zu äußern, doch wäre es zielführender, die konkrete Arbeit in kleiner Runde zu machen.

Die Sowjetunion, fuhr der Kanzler fort, wisse aus Erfahrung, wie schwierig es sei, etwa Verhandlungen über die Reduzierung der strategischen Rüstungen zu führen, auch wenn diese lediglich auf bilateraler Ebene stattfänden. Klarerweise seien die im vorliegenden Falle zu lösenden Fragen vergleichsweise weniger komplex. Die mit der Beteiligung einer großen Zahl an Staaten in Zusammenhang stehenden Schwierigkeiten würden die Erzielung einer einheitlichen Position bei einem derart großen Forum nicht einfach machen. Deshalb könnte man Komitees aus einer kleineren Zahl von Teilnehmern bilden, um die Lösung technischer Fragen zu vereinfachen.

L. I. Brežnev antwortete, dass man bei der Erörterung wichtiger Aspekte auch die Meinungen von Staaten wie Schweden, Luxemburg u. a. hören müsse. Was die Komitees angehe, so wäre es tatsächlich möglich, dass diesen nicht alle Länder angehören.

W. Brandt unterbreitete den Vorschlag, dass sich bei der Eröffnung der Verhandlungen Vertreter aller Staaten einfinden könnten, woraufhin man die Erörterung der Fragen in einem engeren Kreis vornehmen könnte, im Abschlussstadium würden erneut alle vollständig zusammentreten.

L. I. Brežnev sagte, dass diese Idee Beachtung verdiene und man sie erörtern könne. Er merkte an, dass die vorbereitenden Verhandlungen in Helsinki stattfinden könnten. Präsident Kekkonen habe bereits einen entsprechenden Vorschlag unterbreitet, und es gebe keinerlei Gründe, diesen zu ignorieren. Die Hauptsache sei, dass man so schnell wie möglich die Arbeit aufnehme. Dann könne man die Meinung eines jeden Staates erfahren und festlegen, was man den Beratungen zu Grunde legen könne.

In den Dokumenten der gesamteuropäischen Konferenz müssten natürlich Fragen wie der Verzicht auf Gewalt und auf Angriffshandlungen, sowie die Entwicklung einer friedlichen Zusammenarbeit auf unterschiedlichen Gebieten behandelt werden. All dies müsse zu einem inhärenten Bestandteil der Konferenztätigkeit werden. Entsprechende Bestimmungen habe man im Rechenschaftsbericht des XXIV. Parteitages des ZK der KPdSU schriftlich festgehalten. Insgesamt diene all dies einem gemeinsamen Grundsatz, nämlich dem Grundsatz der friedlichen Koexistenz. Die Umsetzung dieses Grundsatzes werde den Interessen aller Staaten entsprechen.

W. Brandt merkte an, dass es ihm wichtig erscheine, dass all dies den Völker nicht in Form einer fernen Hoffnung, sondern als unmittelbares Ergebnis der nahen Zukunft zugutekomme. Man müsse zeigen, dass bilaterale Abkommen ein effizientes Mittel zur Verbesserung der internationalen Lage darstellen würden.

L. I. Brežnev sagte, dass er Ende Oktober Frankreich besuchen werde.

W. Brandt brachte die Hoffnung zum Ausdruck, dass L. I. Brežnev eine gute Übereinkunft mit den Franzosen erzielen werde.

L. I. Brežnev antwortete, dass er während des Besuchs in Frankreich um gute Ergebnisse bemüht sein werde, die klarerweise nicht zulasten der Beziehungen der Sowjetunion mit der BRD und der BRD mit Frankreich gehen dürften.

Es liege die Annahme nahe, dass die Franzosen das heutige Treffen mit einer gewissen Besorgtheit und Eifersucht verfolgen würden, weil es vor der Reise nach Frankreich stattfinde. [„]Doch Pompidou[“], fuhr L. I. Brežnev fort, [„]kann uns gegenüber keinerlei Argwohn hegen, und ich bin davon überzeugt[“], so L. I. Brežnev, [„]dass er jeden Schritt unseres Vorankommens begrüßen wird. Es ist uns bekannt, dass es in den Beziehungen der BRD mit Frankreich bestimmte Eigenarten und Feinheiten gibt. Doch ist der Sowjetunion eine Politik der Intrigen in Bezug auf andere Länder fremd.[“]

W. Brandt sagte, dass die Berichte über eine angebliche Besorgtheit der Franzosen und die damit verbundenen Spekulationen vor allem Erfindungen der Presse seien. Die Regierung Frankreichs habe das Treffen auf der Krim als sachlich bezeichnet. Die BRD unterhalte sehr gute Beziehungen zu Frankreich. Jedoch gelte es zu berücksichtigen, dass Frankreich und die BRD Länder seien, zwischen denen es im Verlaufe ihrer Geschichte mehrfach zu Konfrontationen und

Auseinandersetzungen gekommen sei. Der Besuch L. I. Brežnevs in Paris rufe seitens des Kanzlers keinerlei Befürchtungen dahingehend hervor, dass die Ergebnisse dieses Treffens der BRD schaden könnten.

L. I. Brežnev wollte wissen, wie W. Brandt die Haltung Nixons einschätze. Wäre er wirklich zu einer Verringerung der Truppen und Streitkräfte bereit, oder bestünden darin Bedenken?

W. Brandt antwortete, dass er keine eindeutige Antwort auf diese Frage hätte. Aus den Gesprächen mit Nixon habe er den Eindruck gewonnen, dass der Präsident Verhandlungen zu dieser Frage wünsche. Doch gebe es seitens des Pentagon und der militärischen Kreise der USA zahlreiche Einwände. Dies sei jedoch nicht verwunderlich, weil Angehörige des Militärs generell nur mit Mühe zur Umsetzung von Abrüstungsmaßnahmen zu bewegen seien.

L. I. Brežnev sagte, dass sich im Zuge des Gesprächs eine Frage aufgetan habe, die er gar nicht anzusprechen beabsichtigt habe. Aber angesichts des Umstandes, dass diese vom Kanzler nicht habe ausgeklammert werden können, müsse man nun über sie reden. Dem Aufkommen dieser Frage seien verheißungsvolle Ereignisse vorangegangen. Das Viermächteabkommen über Westberlin würde man in Moskau in hohem Maße zu schätzen wissen. Man erachte es als einen Schritt, der den Weg zu einer Verbesserung der Lage in Europa ebnen würde. Die Sowjetunion sei ihren Verhandlungspartnern in vielerlei Hinsicht entgegengekommen. Auch gebe es keinen Grund, all das herabzumindern, was seitens der BRD und der DDR, d. h. von Verhandlungspartnern, die sich nicht direkt, sondern indirekt an der Lösung der gegenständlichen Fragestellung beteiligt hätten, getan worden sei. Schwierigkeiten habe es genug gegeben, und es sei für die Sowjetunion nicht einfach gewesen, einigen Dingen zuzustimmen, doch habe man alles erdenklich Mögliche für eine zukünftige Zusammenarbeit getan.

L. I. Brežnev merkte an, dass der Kanzler im Verlaufe des Gesprächs die Frage einer abgestimmten Übersetzung des Viermächteabkommens ins Deutsche aufgeworfen und zum Ausdruck gebracht habe, dass die DDR dabei ein unredliches Verhalten an den Tag gelegt hätte. Er habe Kenntnisse davon erhalten, wonach sich in den Verhandlungen mit der DDR gegenwärtig eine kritische Lage ergeben hätte, sagte L. I. Brežnev. Die Verhandlungen würden letzten Endes die BRD und die DDR führen, und es obliege diesen Ländern, diese Verhandlungen auch abzuschließen. Unerlässlich sei es jedoch, klar zu erkennen, dass es ein einziges offizielles Dokument und einen einzigen authentischen Text gebe, nämlich den Text des Abkommens in russischer, englischer und französischer Sprache. Nur dieses Dokument besitze völkerrechtliche Verbindlichkeit.

Es entstehe der Eindruck, dass die Mitarbeiter des Bundeskanzlers versuchten, in den Verhandlungen einige Punkte mit Hilfe der deutschen Übersetzung verzerrt zu interpretieren. Es scheine außerdem, dass diese Differenzen zwischen den beiden deutschen Seiten von der BRD dazu benutzt würden, die Verhandlungen hinauszuzögern. Welches Ziel werde damit verfolgt? Dies entspreche nicht den Interessen der Regierung der BRD und erleichtere nicht den Fortgang der Verhandlungen, da man dadurch der Opposition einen Anlass für die Verbreitung ihrer Version liefere, wonach im Viermächteabkommen nicht alles klar geregelt sei.

[„]Ich weiß nicht, wie Sie aus dieser Situation wieder herauszufinden gedenken[“], sagte L. I. Brežnev. [„]Wir werden uns in Fragen der Übersetzung nicht einmischen. Doch gibt es bei uns niemanden, der einer Verfremdung des in drei Sprachen niedergeschriebenen Textes zustimmt. Es ist schwer zu verstehen, wie man den Sinn eines klaren Wortes verfremden kann. Sollte im Text ‚Pferd‘ geschrieben stehen, dann kann man das nicht als ‚Kuh‘ übersetzen. Aber genau so stellt sich die Lage der Dinge dar. Die DDR hat bereits vielem zugestimmt und wird wohl kaum bereit sein, die von Vertretern der BRD präsentierten Auslegungen zu akzeptieren.[“]

Es wäre gut, wenn sich die BRD und die DDR ohne unnötige Verzögerungen und Trödeleien einer sachlichen und konstruktiven Einigung in den mit dem Viermächteabkommen in Zusammenhang stehenden Fragen widmeten. Dies würde auch seitens der Bevölkerung, sowohl der DDR als auch der BRD, positiv aufgenommen werden.

Indem er abermals die Frage der Ratifizierung des Vertrages zwischen der UdSSR und der BRD zur Sprache brachte, teilte L. I. Brežnev mit, dass, so wie er es verstehe, die Ratifizierung dieses Vertrages und des Vertrages mit der Volksrepublik Polen gleichzeitig stattfinden werde.

W. Brandt bestätigte dies.

L. I. Brežnev schnitt sodann die Frage der Verhandlungen zwischen der BRD und der ČSSR an. Es sei nicht wünschenswert, sagte er, wenn sich die Regelung der Beziehungen der BRD mit der Tschechoslowakei verzögerten. L. I. Brežnev brachte die Hoffnung zum Ausdruck, dass es dazu nicht kommen und die Regelung der Beziehungen zwischen der BRD und der ČSSR zu Ende geführt werde. Es sei nicht notwendig, die Schwierigkeiten bei der Lösung all jener Fragen aufzubauschen, die von Anfang an aus der Ungültigkeitserklärung des Münchner Abkommens resultierten. So berufe man sich zum Beispiel darauf, dass sich als Folge eines solchen Schritts ein Teil der deutschsprachigen Bevölkerung und dabei gerade die Sudentendeutschen in einer quasi rechtlosen Lage wiederfinden würden. Unter Berufung auf sein Gespräch mit Gen. G. Husák teilte L. I. Brežnev mit, dass derartige Befürchtungen kein Hindernis für eine Übereinkunft darstellen sollten, da die tschechoslowakische Seite dazu bereit wäre, an Lösungskonzepten zu arbeiten, welche die Rechte der betroffenen Personen berücksichtigen würden.

Weiterhin herrsche die Befürchtung, dass sich aus einer Übereinkunft über die Reparationszahlungen an die ČSSR enorme Kosten für die BRD ergeben würden. L. I. Brežnev merkte an, dass G. Husák in seinem Gespräch mit ihm die Meinung geäußert habe, dass sich die ČSSR auch in dieser Frage mit der BRD werde einigen können. [„]Es wäre gut, in unserem Gespräch bestätigen zu können, dass die Frage der Regelung mit der ČSSR seitens der BRD zu einem logischen Ende geführt wird.[“]

W. Brandt teilte mit, dass die Verhandlungen zwischen der BRD und der ČSSR Ende September fortgesetzt würden. In der Absichtserklärung sei letztes Jahr festgehalten worden, dass die Frage über das Münchner Abkommen in einer für beide Seiten akzeptablen Form gelöst werden müsse. In politischer Hinsicht ist diese Frage für mich klar, sagte W. Brandt. Das Münchner Abkommen sei von Anfang an [ex tunc] ungerecht gewesen. Doch stelle sich die Frage über die Folgen. In der BRD würden rund 2 Mio. Sudentendeutsche leben, welche die Befürchtung hegten, dass auf Grundlage des Abkommens mit der ČSSR die Tatsache, dass sie nach München die deutsche Staatsbürgerschaft erhalten und in deutschen Truppen gedient hätten, den Tschechen einen Anlass bieten könnte, sie zu Verrätern zu erklären.

Die zweite Frage betreffe die Reparationszahlungen. [„]Wir[“], sagte W. Brandt, [„]können nicht vom Standpunkt abgehen, dass diese Frage einzig mittels eines Friedensvertrages gelöst werden muss. Bei der Analyse dieser Frage gilt es, nicht bloß die Verluste für die Tschechen zu berücksichtigen, sondern auch jene Nachteile, die den Sudetendeutschen als Ergebnis der Beschlagnahmung ihres Eigentums erwuchsen.[“] Der Kanzler brachte die Hoffnung zum Ausdruck, dass man eine abgestimmte Lösung dieser Frage werde finden können.

L. I. Brežnev hielt fest, dass die Staatsführer damals ein unrechtes Dokument verfasst und es juristisch begründet hätten. Jetzt gelte es eine Möglichkeit zu finden, diesen Fehler zu korrigieren.

L. I. Brežnev fragte den Kanzler, ob er nicht der Meinung sei, dass der derzeitige Stand des Kommuniqués, in dem die Rede von der Absicht sei, die gegenseitigen Beratungen und den Meinungsaustausch auf unterschiedlichen Ebenen fortzuführen, mit einem Verweis darauf ergänzt werden solle, dass es zur Erreichung dieses Ziels in naher Zukunft ein Treffen der Außenminister der UdSSR und der BRD anzuberaumen gelte.

W. Brandt antwortete, dass dies sehr gut wäre.

L. I. Brežnev teilte mit, dass er in der nächsten Woche zu einem Besuch nach Jugoslawien reisen werde. [„]Ich denke, Sie werden nichts dagegen haben[“], fuhr er fort, [„]wenn ich Gen. Tito von einigen grundlegenden Aspekten unseres Gesprächs in Kenntnis setze. Man könnte unter anderem sagen, dass ich mit Ihnen im Prinzip Fragen erörtert habe, die mit der Einberufung der gesamteuro-

päischen Konferenz im Zusammenhang stehen, und in weiterer Folge von einigen mit den vorbereitenden Tätigkeiten zusammenhängenden Überlegungen berichten.[“]

Indem er anmerkte, dass im Oktober ein Besuch in Frankreich bevorstehe, teilte L. I. Brežnev mit, dass Präsident Pompidou wohl Interesse an den Inhalten der Gespräche auf der Krim bekunden werde. Augenscheinlich gelte es, diesen in entsprechender Art und Weise zu informieren.

W. Brandt merkte an, dass er keinerlei Bedenken dabei habe.

L. I. Brežnev brachte die Vermutung zum Ausdruck, Präsident Pompidou werde wohl danach fragen, ob im Zuge des Treffens auf der Krim irgendwelche antifranzösischen Aspekte zur Sprache gekommen seien. Bedenken dieser Art müssten unverzüglich zerstreut werden.

In naher Zukunft, fuhr L. I. Brežnev fort, werde es zu einer ganzen Reihe von Reisen führender sowjetischer Politiker kommen. Gen. N. V. Podgornyj fliege nach Vietnam. Auf dem Wege dorthin werde er Indien und möglicherweise auch Birma besuchen. Gen. A. N. Kosygin fahre nach Algerien, Marokko und statte den skandinavischen Ländern sowie Kanada einen Besuch ab. Die UdSSR erwarte einen Besuch des Präsidenten der Arabischen Republik Ägypten, Sadat. Im Winter werde man wohl den Präsidenten Finnlands, Kekkonen, in die UdSSR einladen.

L. I. Brežnev und W. Brandt vereinbarten, eine Pause einzulegen und erteilten ihren Mitarbeitern den Auftrag, den Text des Kommuniqués abzugleichen, woraufhin man das Gespräch fortzusetzen plane.

Geheim

NIEDERSCHRIFT DES GESPRÄCHS

des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gen. L. I. Brežnev, mit dem Bundeskanzler der BRD, W. Brandt, am 18. September 1971*

Am 18. September 1971 fand in Oreanda das zweite Treffen von Gen. L. I. Brežnev mit W. Brandt statt.

L. I. Brežnev sagte, dass er sich mit dem Entwurf des Kommuniqués und jenen Ausbesserungen bekannt gemacht habe, die von den Mitarbeitern vereinbart worden seien. Man könne sie akzeptieren. Doch müsse man sich wohl über den Zeitpunkt der Veröffentlichung des Kommuniqués abstimmen. Die sowjetische Seite sei dazu bereit, es zu einem beliebigen, dem Kanzler passenden Zeitpunkt zu veröffentlichen.

W. Brandt schlug vor, das Kommuniqué am 18. September um 18 Uhr Moskauer Zeit zu veröffentlichen.

L. I. Brežnev nahm diesen Vorschlag an.

W. Brandt sagte, dass er die Sichtweise L. I. Brežnevs in einem Punkt präzisieren wolle. Als man über das Viermächteabkommen gesprochen habe, sei man sich darüber einig gewesen, so der Kanzler, dass dieses nach der Unterzeichnung des Schlussprotokolls durch die vier Mächte de facto Gültigkeit erlange.

L. I. Brežnev antwortete, dass es eine solche Vereinbarung gebe.

W. Brandt merkte an, dass ihm nach dem gestrigen Gespräch nicht klar gewesen sei, ob die Sowjetunion das Schlussprotokoll erst nach der Ratifizierung des Vertrages zwischen der UdSSR und der BRD zu unterzeichnen beabsichtige.

Man müsse davon ausgehen, hielt L. I. Brežnev fest, dass alle praktischen Vorteile, die den Deutschen aus dem Viermächteabkommen erwachsen würden, nach der Vertragsunterzeichnung Wirksamkeit erlangten. Dies übe Druck auf die Opposition aus und unterstreiche die Notwendig-

* RGANI, F. 3, op. 72, d. 476, S. 199–206. – Die Namen der Redner sind ms. unterstrichen. – Anwesend: Dolmetscher der beiden Gesprächspartner. Protokollführung: V. Terechov, V. Smirnov.

keit, die Ratifizierung des Vertrages zu beschleunigen. Die Vertragsratifizierung würde die Position der derzeitigen Regierung der BRD stärken. Sollte es zu keiner Ratifizierung kommen, könne man nur schwer vorhersagen, wie sich die Dinge weiterentwickeln würden.

W. Brandt brachte die Überzeugung zum Ausdruck, dass der Vertrag ratifiziert werden würde. Er äußerte die Vermutung, dass ihm die Westmächte Fragen über das Inkrafttreten des Viermächteabkommens stellen werden. Er könne sagen, dass dies nicht seine, sondern eine Frage der vier Mächte sei.

Im Hinblick auf die innenpolitische Lage in der BRD würde die Regierung weitaus größere Unterstützung seitens der öffentlichen Meinung und auch zur Ratifizierung des Vertrages erhalten, wenn er, Brandt, nach seinem Besuch in der UdSSR mitteilen könne, dass die im Viermächteabkommen vorgesehenen praktischen Verbesserungen bereits ihre Wirkung entfalten.

L. I. Brežnev antwortete, dass er davon ausgehe, dass die Unterzeichnung des Schlussprotokolls gleichzeitig mit der Ratifizierung des Vertrages zwischen der UdSSR und der BRD oder schon kurz danach erfolgen werde. Der weitere Verlauf der Dinge werde dies zeigen.

W. Brandt merkte an, dass das von L. I. Brežnev Gesagte eine Neuigkeit sei, die in der Öffentlichkeit noch nicht als Position der Sowjetunion bekannt wäre. Seiner Meinung zufolge, sei er als Kanzler nicht die geeignete Person, um den Westmächten diese Erwägungen der sowjetischen Seite mitzuteilen. Er könne ihnen sagen, dass die Sowjetunion zu dieser Frage mit den Westmächten in Kontakt treten werde und die Absicht habe, die Ratifizierung des Vertrages zwischen der UdSSR und der BRD mit der Unterzeichnung des Schlussprotokolls des Viermächteabkommens zeitlich zu verbinden.

L. I. Brežnev betonte, dass das Viermächteabkommen in politischer Hinsicht bereits Ergebnisse zeige, doch dürfe man keine Vorausgriffe tätigen. Die Mitteilung W. Brandts an die Westmächte müsse man nicht im Detail besprechen. Man könne etwa sagen, dass die Sowjetunion über diese Frage mit Vertretern der Westmächte sprechen werde und es sodann dabei belassen, ohne weitere Kommentare zur Position der Sowjetunion abzugeben.

W. Brandt erbat, dass die Sowjetunion bei der Festlegung ihrer weiteren Linie alle Erwägungen in Betracht ziehen und dahingehend vorgehen möge, dass keine neuen Schwierigkeiten bei der Vorbereitung der gesamteuropäischen Konferenz entstünden.

L. I. Brežnev unterstrich, dass die Vorbereitung der Konferenz nicht erschwert werden sollte. Die Sowjetunion sei auf keinerlei persönliche Vorteile aus.

Außerdem müsse man sich prinzipiell über die Verringerung der Truppen und Streitkräfte und in weiterer Folge auch über eine Senkung der Militärausgaben einig werden. Es sei nicht klar, welche Position dazu die Amerikaner einnähmen, doch würden sich die anderen europäischen Staaten bei Beratungen dazu für eine solche Lösung aussprechen.

W. Brandt meinte, die Amerikaner würden bei der Lösung der Frage über eine Verringerung der Truppen und Streitkräfte für eine konstruktive Zusammenarbeit eintreten. Er erachte es als zielführend, unverzüglich mit Sondierungsgesprächen zu beginnen, ohne dabei auf die Einberufung der gesamteuropäischen Konferenz zu warten.

[„]Als ich von der Notwendigkeit sprach, auf dem Weg zur Einberufung der gesamteuropäischen Konferenz neue Hindernisse zu vermeiden[“], fuhr W. Brandt fort, [„]hatte ich Folgendes im Auge: Man erwartet, dass der NATO-Rat im Dezember den Beschluss über die Aufnahme einer multilateralen Vorbereitung der gesamteuropäischen Konferenz fassen wird. Die Voraussetzung für einen solchen Beschluss stellt jedoch das Inkrafttreten des Viermächteabkommens dar. Ich bitte Sie, dies zu berücksichtigen[“], so W. Brandt, [„]damit keine neuen Schwierigkeiten entstehen.[“]

L. I. Brežnev merkte an, dass man einer solchen Vorgehensweise zahlreiche Hindernisse in den Weg legen könne. Die Unterzeichnung des Schlussprotokolls sei ohne eine Übereinkunft zwischen der BRD und der DDR unmöglich. Sollte eine solche Übereinkunft erzielt werden können, sei auch die Lösung der Frage über das Schlussprotokoll einfacher.

W. Brandt sprach sodann die Frage über die Verhandlungen zwischen der BRD und der DDR über die Umsetzung des Viermächteabkommens an. Hierzu merkte er an, dass er gerne drei Gedanken darlegen wolle.

1. Er räumte ein, dass es nur drei offizielle Versionen des Viermächteabkommens gebe, nämlich jene in russischer, englischer und französischer Sprache. [„]Wir halten uns daran[“], sagte der Kanzler.

2. Es gebe keine deutsche Übersetzung des Textes, die von den vier Botschaftern genehmigt worden wäre. Es gebe keine Übersetzung ins Deutsche, die formal zwischen der Regierung der DDR und jener der BRD abgesprochen worden wäre.

3. Es wäre falsch, anzunehmen, dass Mitarbeiter des Kanzlers versuchten, den Inhalt des Viermächteabkommens mithilfe der deutschen Übersetzung zu verzerren.

L. I. Brežnev gab dem Kanzler zur Antwort, dass er sich nicht in diese prozessualen Fragen vertiefen wolle. Wichtig sei vielmehr eine Sache: Sollte der Text der Übersetzung den Inhalt des Abkommens verzerren, sei jede einzelne der vier Mächte befugt, Einspruch dagegen zu erheben. Eine detaillierte Überprüfung der in drei Sprachen angefertigten Texte des Viermächteabkommens würde keinerlei Unstimmigkeiten und unterschiedliche Auslegungen hervorrufen. Die Sowjetunion werde sich nicht in Fragen der deutschen Übersetzung einmischen, doch könne sie in Bezug auf die Machart der Übersetzung nicht gleichgültig bleiben. [„]Sollte diese den Text des Abkommens verzerren, werden wir dies nicht akzeptieren[“], hob L. I. Brežnev hervor.

Andererseits sei die Sowjetunion dazu bereit, sich in jedweder Art und Weise an der Erzielung einer ehestmöglichen Übereinkunft zwischen der BRD und der DDR zu all jenen Fragen zu beteiligen, die mit dem Viermächteabkommen in Zusammenhang stünden, falls dies notwendig und von den beiden Verhandlungspartnern gewünscht werde.

Es sei nicht wünschenswert, wenn die BRD nach einer solch umfassenden und positiven Arbeit, in Umgehung der vereinbarten Prinzipien den Versuch unternähme, von der DDR irgendetwas Inakzeptables einzufordern. Dies wäre eine unproduktive Verschwendung von Energie und Zeit. Die Frage sei ohnehin schon kompliziert genug. Es gelte, sie zu lösen und nicht zu verkomplizieren. Die Öffentlichkeit würde die Geschehnisse genau verfolgen, und es würde bei einem Vorgehen wie dem soeben geschilderten zwangsweise der Gedanke entstehen, dass die BRD eine für sie günstige Übersetzung wünsche, die eine freie Auslegung des Textes des Viermächteabkommens erlauben würde.

[„]Letztes Jahr habe ich Ihnen gesagt[“], erinnerte L. I. Brežnev, [„]dass unser Volk die Entwicklung der Beziehungen mit der BRD aufmerksam mitverfolgen wird, und dies nicht bloß im Hinblick auf die Unterzeichnung des Viermächteabkommens, sondern auch dahingehend, wie man dessen Inhalt umsetzt. Ich habe gesagt, dass unsere Beziehungen mit der BRD, der Grad ihrer Entwicklung und deren Tiefe in nicht geringem Maße davon abhängen, wie sich Ihre Beziehungen mit der DDR gestalteten. Ich habe Sie darum gebeten, nichts zu unternehmen, was die DDR diskriminieren würde.[“]

Unlängst habe Präsident Kekkonen, nach der Unterzeichnung des Viermächteabkommens, einen Vorschlag über eine vollkommene Normalisierung der Beziehungen Finnlands mit der BRD und der DDR unterbreitet. Dies würde dem Geist der Zeit entsprechen. [„]Man hat mir gesagt, dass Sie, Herr Kanzler, diese Initiative als verfrüht erachten und sich dazu insgesamt ablehnend geäußert hätten.[“]

W. Brandt entgegnete, dass er zu keinem Zeitpunkt daran gezweifelt habe, dass die Sowjetunion und L. I. Brežnev persönlich einen großen Beitrag zur Erzielung des Viermächteabkommens geleistet hätten. Die Regierung der BRD habe nicht die Absicht, irgendetwas in diesem Abkommen zu ändern. Doch dürfe er, der Kanzler, vor der Öffentlichkeit nicht als Lügner dastehen. Er habe die Regierung über seine Telefongespräche mit Berlin informiert, auch darüber, dass man mit der DDR eine Übereinkunft über die Übersetzung erzielt habe. Nun stelle sich heraus, dass dem nicht so sei.

Was den Vorschlag Finnlands angehe, so habe sich der Kanzler, seinen eigenen Worten zufolge, persönlich nicht dazu geäußert. [„]Die Finnen[“], sagte W. Brandt, [„]haben ein komplexes Prozedere in Form von trilateralen Verhandlungen vorgeschlagen. Dieses muss sorgfältig abgewogen werden. Außerdem haben sie die Frage über eine von Westdeutschland zu leistende Wiedergutmachung des Schadens thematisiert, der Finnland im letzten Kriegsjahr zugefügt wurde. Dies verkompliziert die Angelegenheit. Das Auswärtige Amt der BRD gab in Bezug auf den finnischen Vorschlag eine Erklärung ab, in der mitgeteilt wurde, dass es vor trilateralen Verhandlungen wünschenswert sei, über spürbarere Ergebnisse bei der Normalisierung der Beziehungen zwischen der DDR und der BRD zu verfügen.[“]

Er wolle auch einige positive Aspekte der Beziehungen mit der DDR ansprechen. Es sei wahrscheinlich, dass man in naher Zukunft ein allgemeines Transitabkommen mit der DDR unterzeichnen werde können. Dieses sei bereits weitgehend ausgearbeitet und die Arbeit daran gehe gut weiter. [„]Doch denken wir angesichts dessen, dass im Zuge der Verhandlungen unentwegt politische und technische Fragen vermengt werden, bereits geraume Zeit darüber nach – wie zuvor schon im Falle des Abschlusses des Vertrages zwischen der UdSSR und der BRD geschehen –, mit der DDR eine Absichtserklärung zu erarbeiten. In einem solchen Dokument kann man in etwa folgende Bestimmungen festschreiben: Beide deutschen Staaten treten für Frieden und Entspannung in Europa ein; sie beabsichtigen, ihre Beziehungen auf der Grundlage von Gleichberechtigung zu errichten, zur Ausweitung von Kontakten im Interesse beider Seiten beizutragen, wozu auch zwischenmenschliche Kontakte zählen; die beiden Seiten werden danach streben, die Schatten des Kalten Krieges hinter sich zu lassen, d. h. die überaus trübe Atmosphäre in Bezug auf Zwischenfälle an der Grenze zukünftig zu vermeiden.

Als grundlegend erachte ich für mich dabei den allgemeinen Gedanken [“], hob W. Brandt hervor, [„]dass es nicht bloß um die Regelung technischer Fragen, sondern auch darum geht, dass eine Normalisierung der Beziehungen mit der DDR ihren Platz im Abbau der Spannungen in Europa einnimmt und zur Ausweitung des Austausches zwischen den Völkern beiträgt.[“]

L. I. Brežnev sagte, dass die Ausarbeitung einer Absichtserklärung mit der DDR eine Angelegenheit der beiden deutschen Staaten sei. Es sei vorstellbar, dass die BRD einen solchen Vorschlag mit der DDR absprechen werde können. Seitens der UdSSR würden dabei klarerweise keine Hindernisse in den Weg gelegt. Sollte man es als zielführend erachten, sich über die Erarbeitung eines solchen Dokuments zu einigen, werde diese, die Zuständigkeit der Regierungen der DDR und der BRD betreffende Frage eine Frage der zwischenstaatlichen Beziehungen zwischen den beiden Ländern sein.

W. Brandt merkte an, dass er im Gespräch vom 17. September d. J. L. I. Brežnev darum gebeten habe – falls möglich –, die Erwägungen der sowjetischen Seite in Bezug auf die Politik der Volksrepublik China darzulegen. Er möchte, betonte W. Brandt, dem Gespräch über China einige Anmerkungen vorausschicken: [„]Ich bin ein Mensch, der die geographische Lage gut kennt und kein Abenteurer ist, und ich will nicht, dass man mich im politischen Spiel ausnutzt. Ich verstehe die fundamentale Bedeutung der Beziehungen der BRD mit der UdSSR und will nicht, dass diese in irgendeiner Art und Weise im Zusammenhang mit China tangiert werden.

Ich habe in der Regierungserklärung im Jahre 1969 darauf verwiesen, dass die BRD bereit sei, mit all jenen Ländern normale Beziehungen zu unterhalten, die ihrerseits ebenso solche Beziehungen wünschen. Aus dem Kreis dieser Länder kann auch die Volksrepublik China nicht ausgeschlossen werden. Doch erachte ich die Frage der Beziehungen mit der Volksrepublik China als nicht aktuell. Ich bin für eine solide Politik. In der BRD gibt es ultralinke Maoisten und auch rechte Extremisten. Diese wollen die Diskussion im Zusammenhang mit China dramatisieren. Doch Aktivitäten dieser Art üben auf mich keinerlei Einfluss aus. Sollte sich in den kommenden Jahren die Frage über eine Normalisierung der Beziehungen der BRD mit der Volksrepublik China auftun, würden wir bereits im Vorfeld die Sowjetunion davon in Kenntnis setzen. Die Sowjetunion hat von uns keinerlei Überraschungen zu erwarten.[“]

Als Antwort auf die Ausführungen des Kanzlers nahm L. I. Brežnev eine Bewertung des mit Großmachtambitionen versehenen Kurses der Führung der Volksrepublik China in internationalen Angelegenheiten vor.

Weiters sprach L. I. Brežnev über die Beziehungen der Sowjetunion mit den USA: [„]Im Prinzip wünschen wir uns eine Normalisierung der Beziehungen mit den USA. Wir möchten die Schatten der Vergangenheit hinter uns lassen, einen normalen zwischenstaatlichen, den Handel betreffenden und wissenschaftlich-technischen Austausch unterhalten und auf unterschiedlichen Gebieten zusammenarbeiten, wie etwa auf dem Gebiet der Raumfahrttechnik. Gegenwärtig scheint es uns, dass die amerikanische Seite, einschließlich Nixon, in dieser Hinsicht einige positive Überlegungen anstellt. In welcher Form sich dies äußern könnten, sei derzeit schwer vorherzusagen. Der Beginn einer Lösung der europäischen Frage hat sich bereits abgezeichnet. Ich meine dabei das Viermächteabkommen, an dessen Ausarbeitung die amerikanische Seite ebenfalls mitwirkte. Natürlich gibt es Fragen, von denen die Amerikaner keineswegs abrücken werden. Dies betrifft vor allem Vietnam. Wir unterstützen die vietnamesischen Genossen und geben ihnen Hilfe. Ein anderes Problem stellt der Nahe Osten dar, für den es ebenfalls noch eine Regelung zu finden gilt. Natürlich werden wir uns weder im einen noch im anderen Falle an militärischen Handlungen beteiligen. Wir liefern Waffen, bei denen es sich jedoch um Verteidigungswaffen handelt, während die USA Angriffswaffen liefern. Dies ist allen gut bekannt. Unsererseits streben wir danach, an einer ehestmöglichen friedlichen Lösung für diese überaus akuten internationalen Problemfelder mitzuwirken.[“]

Weiterhin erklärte L. I. Brežnev, dass er das aktuelle Gespräch dazu nutzen möchte, um mitzuteilen, dass die sowjetische Seite die Bemühungen der BRD und persönlich Brandts um eine schnellstmögliche Übereinkunft mit der DDR zu schätzen wüsste. Dies gelte auch für eine möglichst baldige Ratifizierung der Verträge der UdSSR mit Polen und der BRD. [„]Der Abschluss dieser wichtigen Unterfangen würde eine neue Etappe eröffnen und eine neue Seite in unseren Beziehungen aufschlagen. Unsererseits würden wir weder den Geist noch das Wort des Vertrages abändern. Es sei verständlich, dass wir entsprechend mit einer vernünftigen Politik seitens der BRD rechnen.[“]

Sodann wollte L. I. Brežnev wissen, wie sich die Lage in Bezug auf die Aufhebung des Verbots der KPD darstelle.

W. Brandt sagte, dass er v. a. dafür danken möchte, dass es L. I. Brežnev als möglich erachtet habe, sich zu Fragen der Bewertung der Politik der Volksrepublik China und zu möglichen Perspektiven der Beziehungen der Sowjetunion mit den USA zu äußern.

In Bezug auf die konkreten Bemerkungen L. I. Brežnevs möchte er, so W. Brandt, versichern, dass er als Kanzler nach einer ehestmöglichen Übereinkunft mit der DDR strebe.

Zur DKP sei anzumerken, sagte W. Brandt, dass diese Partei mit K. Bachmann an der Spitze aktiv und legal ihren Tätigkeiten nachgehe. Sie sei jedoch gegenüber der SPD nicht wohlwollend eingestellt, da beide Parteien auf der innenpolitischen Arena als Konkurrenten agieren würden. Was die KPD betreffe, so gebe es in Bezug auf diese Partei tatsächlich ein Verbot, das seinerzeit vom Bundesverfassungsgericht verhängt worden sei. W. Brandt hob hervor, dass er nach einer Möglichkeit und einem Weg suchen werde, um L. I. Brežnev genauer zu dieser Frage zu informieren. Doch wolle er bereits jetzt festhalten, dass man gegenwärtig über einige Ergänzungen zum Grundgsetz[3] der BRD nachdenke, mit dem Ziel, die bestehende Regelung zum Verbot politischer Parteien zu ändern. In der BRD gebe es einige politische Akteure, die sich auch für ein Verbot der DKP aussprechen würden, doch teile er, W. Brandt, deren Absichten nicht.

Zum Abschluss des Gesprächs dankte W. Brandt L. I. Brežnev abermals für den herzlichen Empfang und die offene Atmosphäre, in der die Unterredungen stattgefunden hätten und die es ermöglicht habe, zu einem gegenseitigen Verstehen und zu guten Ergebnissen zu gelangen. [„]Wir schätzen es hoch ein[“], sagte W. Brandt, [„]dass wir die Möglichkeit haben, mit den führenden Po-

[3] Im Original steht an dieser Stelle das Wort „konstitucija“ (= Verfassung).

litikern der Sowjetunion in Kontakt zu stehen, weil wir wissen, dass dies nicht nur zu einer Verbesserung der Beziehungen zwischen der BRD und der UdSSR beiträgt, sondern auch einen wichtigen positiven Einfluss auf die europäische und internationale Lage ausübt.[“]

L. I. Brežnev äußerte seine Zufriedenheit mit dem Geist und den Ergebnissen der zu Ende gegangenen Unterredungen. Er hob hervor, dass die sowjetische Seite hoffe, auch zukünftig derart konstruktive Kontakte unterhalten zu können.